

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3033) vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahres-Abonnement Mk. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch, den 11. Oktober
1899.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zettin (Eißner), Stuttgart, Blumenstraße 34, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwänglerstraße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichniß.

Für die bisherige Theorie und Taktik. — Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen in Thüringen. Von D. Z. — Die Thätigkeit der Frauen in der Wahlagitation. Von C. Legien-Leipzig. — Die Frauenfrage auf dem Parteitage der Sozialdemokratie Oesterreichs. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Ebbe. Novelle von Adele Gerhard.
Notizentheil von Lily Braun und Klara Zettin: Weibliche Fabrikinspektoren. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Kinderarbeit. — Frauenbewegung.

Für die bisherige Theorie und Taktik.

Eine gründliche Auseinandersetzung mit Bernsteins Kritik an den Grundanschauungen und der Taktik der Sozialdemokratie ist kürzlich von berufenster Seite veröffentlicht worden. Wir meinen die Kautskysche Schrift: „Bernstein und das sozialdemokratische Programm.“ (Stuttgart 1899. Verlag von J. S. W. Diez Nachfolger.) Sie giebt, was nöthig war: Sie prüft die aus Bernsteins Darlegungen sich ergebenden wichtigsten Streitfragen an der Wirklichkeit, an den Thatsachen. Hier und da beliebt man die Auseinandersetzungen über das Für und Wider unserer bisherigen Grundsätze und Taktik als eine müßige Liebhaberei der Theoretiker aufzufassen, als eine Art Mönchsgezänke über dogmatisches Buchstabenwerk. Wir erachten dagegen, daß Kautsky mit seiner Schrift eine Aufgabe von hervorragender praktischer Bedeutung für die Sozialdemokratie geleistet hat. Wären die Schlussfolgerungen richtig, die sich aus Bernsteins Gedankengängen logisch unvermeidlich ergeben, so handelte es sich wahrlich um mehr, als bloß um eine bessere Fassung des sozialdemokratischen Programms und um eine Vertiefung und Erweiterung des sozialdemokratischen praktischen Wirkungsgebietes. Die Sozialdemokratie müßte vielmehr in diesem Falle den Inhalt ihres Programms in den wesentlichsten Punkten preisgeben, sie müßte mit ihrem Wesen auch ihr Wirken und ihre Aufgaben einer „Revision“ unterziehen. Daran ändert nichts, daß Bernstein selbst die Schlussfolgerungen nicht immer oder wenigstens nicht mit unzweideutiger Klarheit gezogen hat oder aber sie als Frucht des „Mißverständnisses“ zurückweist. Die Dinge haben ihre eigene zwingende Logik, die unabhängig ist von unserem Meinen und Wollen.

Das Hauptgewicht hat Kautsky, wie uns dünkt, durchaus mit Recht, auf die Erbringung eines beweiskräftigen Nachweises dafür gelegt, daß die wirtschaftliche Entwicklung sich in der von Marx-Engels aufgezeigten Richtung vollzieht. Denn was durch die Bernsteinschen Ausführungen über die Marxsche Theorie der kapitalistischen Produktionsweise in Zweifel gestellt wird, ist keineswegs, wie verschiedentlich behauptet wurde, das raschere oder langsamere Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern die Richtung dieser Entwicklung. Die Richtung aber, in der sich die kapitalistische Produktionsweise entwickelt, entscheidet über das Nichtig oder Unrichtig der bisherigen sozialistischen Auffassung.

Dieser entsprechend ist es die Konzentration des Kapitals, welche die geschichtliche Aufgabe stellt: Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sie ist es, welche die gesellschaftlichen Kräfte zur Lösung dieser Aufgabe schafft: Ein geeintes und geschultes Proletariat, das mit klarem Bewußtsein die sozialistische Gesellschaftsordnung wollen, erstreben, erkämpfen muß. Sie erzeugt

ferner die materiellen Vorbedingungen für die Lösung der Aufgabe: Die gesellschaftliche Produktion. Bernstein stellt in seiner Schrift die Konzentration des Kapitals in Frage und damit die materielle Grundlage der geschichtlichen Entwicklung, die zum Sozialismus führen muß. Drei Einwände sind es, die er gegen die Marxsche Theorie erhebt, erstens die Zahl der Besitzenden nimmt nicht ab, sondern zu; zweitens, der Kleinbetrieb geht nicht zurück; drittens, die Wahrscheinlichkeit umfassender, verheerender Krisen wird immer geringer. Kautsky setzt bei Prüfung dieser Einwände an einem reichen Thatsachenmaterial Bernsteins zweite Behauptung an erste Stelle, weil die Entwicklung der Produktionsweise das grundlegende Moment ist, die Gestaltung der Besitzverhältnisse aber erst aus ihr hervortritt.

Eingehend untersucht er die Entwicklung von Groß- und Kleinbetrieb. Bernstein hatte seine Ansicht, daß der Konkurrenz des Großbetriebs ungeachtet, der Kleinbetrieb sich siegreich zu behaupten vermöge, durch statistisches Material für Deutschland, Frankreich, England, die Schweiz, Oesterreich und die Vereinigten Staaten gestützt. Von Deutschland abgesehen, führt er aber für jedes dieser Länder nur die Ergebnisse einer einzigen Zählung an, so daß ein vergleichender Ueberblick über den Gang der Entwicklung nicht möglich ist. Das angezogene Material giebt also keine Antwort auf die Frage, ob in den betreffenden Ländern eine Konzentration des Kapitals vor sich geht. Anders die statistischen Daten für Deutschland, welche einen Vergleich zulassen, da sie auf Grund der beiden Berufs- und Gewerbebezählungen von 1882 und 1895 gewonnen sind. Was sagen nun diese Zahlen zu der strittigen Frage? Sie bestätigen wahrhaft glänzend die Marxsche Theorie von der fortschreitenden Konzentration des industriellen Kapitals. Kautsky kann als Zeugen dafür Bernstein gegen Bernstein zitieren. Noch im November 1896 stellte dieser in einem Artikel der „Neuen Zeit“ fest, daß die fabrikmäßige Großindustrie 1882 etwa die Hälfte der nationalen Produktion lieferte, 1895 dagegen gut Zweidrittel, wenn nicht Dreiviertel derselben. Kautsky weist den sich vollziehenden Entwicklungsgang noch an einer Reihe anderer Thatsachen nach. Während sich die Gesamtzahl der Betriebe in Deutschland von 1882—1895 um 4,6 Prozent vermehrte, nahmen die Kleinbetriebe mit ein bis fünf Personen nur um 1,8 Prozent zu, die Miesenbetriebe mit über Tausend Personen aber um 100 Prozent. Zwar ist der Antheil der Kleinbetriebe an der Gesamtsumme der Betriebe in den dreizehn Jahren nur um 3 Prozent gesunken und betrug 1895 noch immer 93 Prozent; aber während sie 1882 noch fast Zweidrittel der gewerblichen Bevölkerung umfaßten, kam 1895 auf sie nur noch weniger als die Hälfte derselben. In den dreizehn Jahren, die zwischen den beiden Zählungen liegen, stieg die Zahl der in Kleinbetrieben beschäftigten Personen um 10 Prozent, die Zahl der in Miesenbetrieben Beschäftigten um 110 Prozent, die der im deutschen Gewerbe überhaupt Thätigen um 40 Prozent. Die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches ist in der gleichen Zeit um mehr als 14 Prozent gewachsen. Kurz, in welcher Beziehung auch immer man die vorliegenden Zahlen prüft, sie erweisen den raschen Fortschritt des Großbetriebs und den verhältnismäßigen Rückgang des Kleinbetriebs. In den Industriezweigen, welche die Grundlage der kapitalistischen Produktion bilden — Bergbau, Maschinenindustrie, Textilbranche, chemische Industrie, Papierindustrie, Industrie der Erden, Steine und Leuchtstoffe —

hat der Großbetrieb zum größten Theil den Kleinbetrieb aus dem Felde geschlagen. Aber auch in den Gewerbebezweigen, die das eigentliche Gebiet des Kleinbetriebs sind, tritt die Tendenz der Konzentration in Erscheinung. Es sind dies: Thierzucht, Fischerei, das Bekleidungs-, Beherbergungs- und Handelsgewerbe, die Gärtnerei und die künstlerischen Gewerbe. Die Kunstgärtnerei ausgenommen, hat sich in ihnen allen die Arbeiterschaft der Großbetriebe weit stärker vermehrt, als die der Kleinbetriebe. Die Zahlen zeigen übrigens nur in groben Umrissen die vollzogene technische Konzentration. Sie melden nichts über die wirtschaftliche Umwälzung, die im Kleingewerbe vor sich geht und dieses in immer größere Abhängigkeit vom Großkapital bringt. In der Bekleidungsindustrie, dem Gastwirths- und Handelsgewerbe u. s. w. werden Tausende von Kleinbetrieben als selbständig aufgeführt, die in Wirklichkeit Anhängsel von Großbetrieben sind und nicht für die Lebensfähigkeit des Kleinbetriebs zeugen, sondern aus dessen Verfall hervorgehen.

Wie aber vollzieht sich die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse in der Landwirtschaft? Erweist sie nicht den Bankrott der Marxschen Theorie? Kautsky anerkennt ausdrücklich, daß in der Landwirtschaft die Verhältnisse nie so einfach und klar liegen werden, wie in der Industrie, zahlreiche Tendenzen und Gegentendenzen wirken hier durcheinander. Trotz allem macht die Konzentration des Kapitals vor dem flachen Lande nicht Halt. Wenn auch auf Umwegen, so wirkt sie doch hier in der gleichen Richtung, wie in der Industrie. Immer weniger vermag die Landbevölkerung die gesammte soziale Entwicklung zu beeinflussen. Schon deswegen nicht, weil sie relativ hin und wieder auch absolut zurückgeht. Die Ursache dieses Rückgangs ist vor Allem darin zu suchen, daß die ökonomische Entwicklung dahin strebt, dem Landwirth eine Funktion nach der andern abzunehmen und der waarenproduzierenden Industrie zuzuweisen. So vor Allem die Verarbeitung der Rohstoffe in der dem Selbstgebrauch dienenden Hausindustrie, ferner die Herstellung seiner Arbeitsmittel. Weiter wird ein immer größerer Theil der bäuerlichen Bevölkerung auf die Industrie als Nebenwerb angewiesen. Das Pachtssystem und die Hypothekenschulden führen oft und öfter eine Trennung von Grundbesitz und Landwirtschaft herbei. In der Folge konzentriert sich der Grundbesitz in der Form der Grundrente in der Hand von Banken, Kreditanstalten u. s. w., und das Interesse der Landwirthe am Privateigenthum an Grund und Boden wird geringer. Das Sinken der Grundrente, wie die Leutenoth veranlassen häufig die Landwirthe Industrien einzuführen, von denen die eigentliche Landwirtschaft abhängig wird. So verliert die Landwirtschaft immer mehr ihren selbständigen wirtschaftlichen Charakter und wird dem allgemeinen gesellschaftlichen Produktionsprozeß einverleibt. Die modernsten Schöpfungen dieses Prozesses sind die Trusts oder Kartelle. Bernstein erinnert sich ihrer, wo es scheint, daß sie gegen die Marxsche Theorie sprechen. Dagegen erwähnt er sie nicht als Faktoren, welche die Konzentration des Kapitals beschleunigen und verschärfen.

Mit der fortschreitenden Konzentration des Kapitals geht Hand in Hand eine fortschreitende Verminderung der Zahl der Besitzenden und eine Zunahme der Zahl der Proletarier, also eine Verschärfung der Klassengegenstände. Bernstein bestreitet das. Nach ihm vermehrt sich die Zahl der Besitzenden relativ wie absolut. Kautskys gewissenhafte Untersuchung des angeführten Materials läßt die Scheinbeweise für diese Behauptung zusammenbrechen. Sie thut das, daß Bernstein die Ergebnisse unvergleichbarer, unter den verschiedensten Verhältnissen vorgenommener Zählungen miteinander vergleicht; bloße Schätzungen statt genauer Ziffern giebt; Zahlenreihen unvollständig anführt; sein Material über die englischen Zustände aus einem anonymen, tendenziös bürgerlichen Gelegenheitsartikel zum Jubiläum der Königin schöpft. Kurz, Kautskys Kritik läßt die von Bernsteins Anhängern über das Schellenhaus gepriesene „Wissenschaftlichkeit“ des betreffenden Materials als recht fadenscheinig erscheinen.

Trefflich wehrt Kautsky des Weiteren die Angriffe ab, welche Bernstein gegen die sogenannte „Verelendungstheorie“ richtet. Bernsteins Angriffe wären berechtigt, hätte Marx, hätte die Sozial-

demokratie unter der zunehmenden Masse des Glends das physische Glend im Auge gehabt. Das ist keineswegs der Fall. Es handelt sich vielmehr um das soziale Glend und seine Zunahme, um die Thatsache, daß der Gegensatz immer mehr wächst zwischen den Kulturbedürfnissen der Arbeiter und der Möglichkeit, sie aus ihrem Lohn zu befriedigen. Zahlreiche soziale Erscheinungen bestätigen das wachsende soziale Glend des Proletariats. So die verhältnismäßige Abnahme der Eheschließungen, die Ausdehnung der Frauen- und Kinderarbeit, der Prostitution u. s. w. Gewiß, daß der Klassenkampf des Proletariats der kapitalistischen Tendenz zur Verschärfung des sozialen Glends entgegenwirkt. Aber die Tendenz bleibt nichtsdestoweniger in Kraft. Die Hebung der proletarischen Lebenslage steht nicht im Verhältniß zu der steigenden Produktivität der Arbeit.

Zur Krisentheorie weist Kautsky scharf Bernsteins Behauptung zurück, daß die Sozialdemokratie ihren Sieg von einer geschäftlichen Weltkrise erhoffe. Sorgfältig untersucht er dann den Kernpunkt der strittigen Frage, ob die Wahrscheinlichkeit umfassender und verheererender Krisen in Folge einer geregelten umfassenden kapitalistischen Produktion schwindet oder nicht. Die Tendenz zur Krisenbildung wurzelt in dem Wesen der kapitalistischen Produktion. Für diese ist eine unaufhörliche Ausdehnung Lebensbedürfniß; während aber die Ausdehnung der Produktion grenzenlos ist, sind der Absatzmöglichkeit auf dem inneren wie äußeren Märkte Grenzen gezogen. Dieser Gegensatz führt mit Naturnothwendigkeit zur Ueberproduktion, führt früher oder später dazu, daß der Kapitalismus an seinen eigenen Absatzverhältnissen scheitert. Bernsteins Ansicht entgegen vermögen die Kartelle an diesem Stand der Dinge nichts zu ändern. Sie regeln die Produktion für das Inland, gestalten sie aber, vom Schutz Zoll gedeckt, für das Ausland um so zügelloser, der Ueberproduktion, der Krise zutreibend. An eine Ära des Freihandels, die dies ändern würde, ist nicht zu denken. Ob die kapitalistische Produktion einer Weltkrise entgegengeht, ob theilweise Krisen für einzelne Länder und einzelne Industrien eintreten, ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Hauptsache ist, daß die chronische Ueberproduktion der Lebensfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein Ziel steckt. Aber, so betont Kautsky eindringlich, das kämpfende Proletariat braucht nicht zu warten, bis der Kapitalismus sich völlig ausgelebt hat und in das Stadium seiner Verwesung eintritt. Noch ehe der wirtschaftliche Zwang die sozialistische an die Stelle der kapitalistischen Produktion setzen würde, kann der Klassenkampf des Proletariats zur Beseitigung des Kapitalismus führen. Denn der wirtschaftliche Zwang ist nicht die alleinige treibende Kraft der sozialen Entwicklung. Neben und mit ihm bethätigen sich andere Kräfte, die im Wirtschaftsleben wurzeln, aber ideeller, ethischer Natur sind, und die wir unter der Formel des proletarischen Klassenkampfes zusammenfassen. Die wirtschaftliche Entwicklung geht in der von Marx gezeichneten Richtung vorwärts, die Sozialdemokratie hat keinen Anlaß, ihre wesentlichen Grundsätze einer Revision zu unterziehen, das sind die Resultate, zu denen Kautsky am Schlusse seiner Kritik von Bernsteins einschlägigen Ansichten gelangt.

Dementsprechend kann die sozialdemokratische Taktik nicht nur die alte bleiben, sondern sie muß die alte bleiben, das ist die Folgerung, die sich daraus aufdrängt. Deshalb kein Aufgeben der „Frehlegende“, keine „Mauferung“ der Sozialdemokratie zu einer „demokratisch-sozialistischen“ Reformpartei, vielmehr unentwegtes Festhalten am idealen Endziel und am Charakter als Klassenpartei des Proletariats, welche die politische Macht erobern und eine soziale Umwälzung vollziehen muß. Wollte die Sozialdemokratie einer demokratischen Sammlungspolitik zu Liebe auf die „Frehlegende“ und andere „revolutionäre Geberden“ verzichten, so müßte sie nicht nur die „revolutionäre Phrasologie“ preisgeben, sondern den revolutionären Inhalt ihres Kampfes abschwören. Sie würde neben dem proletarischen auch bürgerliche Klasseninteressen zu vertreten haben und mit ihrer Werbekraft den proletarischen Massen gegenüber ihre Einheitlichkeit und Einheit, damit aber ihre Aktionskraft verlieren. Statt einer günstigeren Machtposition für die Durchdringung sozialer Reformen, tauschte sie größere Schwäche ein. Jede selbständige politische Organisation des Proletariats als Klassenpartei kann sich aber nicht mit dem Ziele

einer demokratischen Sammlungspolitik begnügen: dem Kampf für soziale Reformen. Sie muß vielmehr die soziale Revolution erstreben, die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und sie kann dieses Ziel nur erreichen, wenn sie die politische Macht erobert hat.

Bernstein bereitet der Gedanke schwere Sorgen, das Proletariat könne in absehbarer Zeit in den Besitz der politischen Macht gelangen. Einmal sind nach ihm die Produktivkräfte noch nicht genügend entwickelt, um eine Aufhebung der Klassen zu ermöglichen. Weiter sind nach ihm die wirtschaftlichen Interessengegensätze innerhalb des Proletariats noch zu groß und schließlich soll es der Arbeiterklasse an der nötigen politischen Reife für die Herrschaft fehlen. Unter der Epithete: „Dürfen wir siegen?“ weist Kautsky die Grundlosigkeit dieser Bedenken nach. Was die von Bernstein angeführte ungenügende Entwicklung der Produktivkräfte anbelangt, so wenden sich die zitierten Gewährsleute gegen ihn. Die Kapitalistenklasse ist durch die großen wirtschaftlichen Interessengegensätze in ihrem Schooße keineswegs an der Herrschaft gehindert worden. An politischer Reife steht die Elite des Proletariats hinter keiner anderen Klasse zurück, und in jeder Klasse ist es doch immer nur die Elite, die den Kampf führt. Kautsky schließt seine Ausführungen mit den folgenden prächtigen Sätzen: „Unsere Aufgabe besteht nicht darin, das Proletariat mitten im Kampfe zu entmutigen durch grundloses Verkleinern seiner politischen Fähigkeiten, sondern darin, die höchsten Anforderungen an die politischen Fähigkeiten des Proletariats zu stellen und daher alles aufzubieten, sie möglichst zu steigern, so daß jeder Moment es auf der größten Höhe seiner Leistungsfähigkeit findet. . . . — Es gehört dazu, daß wir ihm große Zwecke setzen, mit denen es selbst zu höherem Geistesleben heranwächst, daß wir es erheben über die alltägliche Kleinarbeit, die unentbehrlich ist und die das Leben dringend erheischt, die es uns aber eben deshalb von selbst aufdrängt, ohne daß wir nötig hätten, dazu besonders eifrig zu mahnen. Sorgen wir dafür, daß nicht Kleinheitswahn das Proletariat und seine Ziele degradirt, daß nicht an Stelle einer weitausblickenden grundsätzlichen Politik das Fortwursteln von Fall zu Fall eintritt, mit anderen Worten, daß nicht die nüchterne Alltäglichkeit den Idealismus überwuchert, daß nicht das Bewußtsein der großen historischen Aufgabe verloren geht, die dem Proletariat gestellt sind.“ Kautskys Schrift wirkt ebenso durch die Wucht des Materials, wie durch die scharfe Logik der Beweisführung. Freund wie Feind kann aus ihr viel lernen. Sie klärt nicht nur die gegenwärtig in der Partei zur Diskussion stehenden Gegensätze, sie vervollkommt und vermehrt das Rüstzeug, mittelst dessen die Sozialdemokratie ihren Todfeind, die kapitalistische Gesellschaft, bekämpft.

Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen in Thüringen.

Zu den glänzendsten Erfolgen in der an Erfolgen so reichen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie gehören unstreitig diejenigen, die im Herzogthum Gotha errungen wurden. Dieser thüringische Kleinstaats zeichnet sich bekanntlich weder durch große Städte noch durch eine bedeutende Industrie aus. Neben der Residenzstadt Gotha mit ihren 30 000 Einwohnern giebt es nur noch einige wenige kleinere Städte mit wenigen Tausenden Einwohnern. Auf industriellem Gebiet weist es kein einziges Unternehmen mit 1000 oder mehr Arbeitern auf, vielmehr nur eine verhältnißmäßig große Zahl kleinerer und mittlerer Betriebe. Nach dem Jahresbericht des Fabrikinspektors zählte das Großherzogthum Gotha 1898 317 revisionspflichtige Anlagen in 49 Orten, das Herzogthum Koburg 111 Anlagen in 19 Orten. Die in diesen 428 Betrieben beschäftigte Arbeiterzahl betrug 14 652, wovon 10 508 erwachsene männliche Arbeiter waren. Warum der Fabrikinspektor wohl die Zahl der Betriebe, nicht aber auch die Zahl der Arbeiter für beide Herzogthümer getrennt angegeben hat, mögen die Götter wissen, aus dem Bericht selbst ist eine Erklärung hierfür nicht herauszufinden. Nimmt man aber an, daß sich die Arbeiterzahl im gleichen Verhältniß auf beide Herzogthümer vertheilt, wie die Zahl der Betriebe, so würden auf Gotha 10 989 Arbeiter überhaupt entfallen und davon 7881 erwachsene männliche Arbeiter sein. Bei der vorjährigen Reichstagswahl errang die Sozialdemokratie mit rund 13 000 Stimmen im ersten Wahlgang den Sieg; im Landtag zählt sie auf 19 Abgeordnete 7 Vertreter. Stellt man

diese Thatsache der Zahl der erwachsenen männlichen Fabrikarbeiter gegenüber, wie wir sie auf Grund unserer Berechnung erhalten haben, so tritt klar in Erscheinung, daß die werktätigen Massen sich um das rothe Banner schaaren.

Im Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion während der wenigen Jahre ihrer Wirksamkeit mit größtem Fleiße und mit manchem thatsächlichen wie moralischen Erfolg gearbeitet. Zu diesen Erfolgen gehört auch die Aenderung in der Fabrikinspektion, die früher mit von dem weimarischen Aufsichtsbeamten, Herrn v. Nostiz, einem Major a. D., besorgt wurde. Herr v. Nostiz hat durch seine jahrelange Inspektionsthätigkeit den ohnehin nicht mehr notwendigen Beweis geliefert, daß ein gewesener Offizier nicht zu allem taugt, am wenigsten aber vielleicht für das Amt eines Fabrikinspektors.

Unsere Genossen im Landtag setzten es durch, daß das Verhältniß mit Herrn v. Nostiz gelöst und eine selbständige Fabrikinspektion geschaffen wurde. Der neue Fabrikinspektor, ein Herr Dr. v. Schwarz, scheint offenbar mehr Verständnis für die Aufgaben seines Amtes zu besitzen, als sein Vorgänger. Sein Bericht für 1898 ist ziemlich reichhaltig und bekundet sowohl Einsicht wie den guten Willen für die richtige Ausübung des schwierigen aber auch dankbaren Amtes.

Hier sei aus dem Bericht nur mitgeteilt, was er über die Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen enthält. Darnach betrug die Zahl der weiblichen Arbeiter 2838, um 133 mehr als 1897. Vielfach, so heißt es im Bericht, ist diese Zunahme auf die Abneigung der Arbeitgeber, Jungarbeiter einzustellen, zurückzuführen; eine Arbeiterin ist auch nicht theurer, als ein Jungarbeiter, sie erlernt gewisse Arbeiten in gleich vollkommener Weise, und was die Hauptsache ist, sie ist ansässiger, als der junge Arbeiter, der Veränderungen in der Arbeit liebt.

Die ermittelten Zuwiderhandlungen betrafen Aushänge, vorwiegend aber die Beschäftigung an Sonnabenden; in 25 Anlagen wurden 27 Zuwiderhandlungen ermittelt.

In 5 Fällen waren die Aushänge, Anzeigen verstaubt, zu hoch (eine Ziegelei, Brauerei, Fahrrad-, Waffen-, Möbelfabrik); es fehlten fünf Aushänge, Anzeigen etc., in einer Porzellan-, einer Blechwaaren-, einer Puppen-, einer Spielwaaren-, einer Chamottefabrik.

Die Uebertretung des § 137 Abs. 1 „die Beschäftigung an Sonnabenden darf nur bis 5 1/2 Uhr dauern“, ist in 17 Anlagen ermittelt worden; es wurden an 262 Arbeiterinnen bis 6, sogar bis 7 und 8 Uhr an den Sonnabenden beschäftigt. Abgesehen von den üblichen Entschuldigungen, „Ueberhäufung mit schnell zu erledigenden Aufträgen“, ist auch Unkenntniß die Ursache dieser auffallend häufigen Uebertretung; in manchen Fällen hat der Arbeitgeber die erforderlichen Anordnungen getroffen, aber er ist gerade am Sonnabend Nachmittag von allen möglichen Angelegenheiten so stark in Anspruch genommen, daß es ihm schwer fällt, die Befolgung seiner Anordnungen zu kontrolliren; die Lohnauszahlung, betriebstechnische Maßregeln für die nächste Woche, besonders aber die Abrechnung mit den die Arbeit abliefernden hausindustriellen Arbeitern, welche von entferntliegenden Dörfern kommen und bald abgelohnt sein sollen, alle diese Angelegenheiten wollen erledigt werden und während dieser Zeit tritt die Fürsorge für die eigentlichen Fabrikarbeiter etwas zurück (?). Mancher Arbeitgeber klagte, daß die Arbeiterinnen nicht vor 6 Uhr aus der Fabrik zu bringen seien, da sie sich von 5 1/2 bis 6 Uhr noch putzen und die Zeit mit Spielereien vertrödelten; ein anderer Arbeitgeber erklärte, gezwungen zu sein, auch seine Arbeiter um 5 Uhr entlassen zu müssen, wenn seine Arbeiterinnen 5 1/2 Uhr die Fabrik verlassen müßten, da die Arbeiten beider ineinander greifen und voneinander abhängig sind; wenn letztere, betriebstechnisch wohlbegründete Erklärung gerecht beurtheilt wird, so muß die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die Beschäftigung auch der männlichen Arbeiter an den Sonnabenden gesetzlich nur bis 5 1/2 Uhr gestattet werden dürfte.

In einigen Anlagen ist die Anordnung getroffen worden, daß die Nachmittagspause an den Sonnabenden wegfällt, und daß alle Arbeiter um 5 Uhr entlassen, bezw. von 5 bis 5 1/2 Uhr ausgelohnt werden.

In 22 Betrieben haben an 535 Tagen 648 Arbeiterinnen 19850 Ueberstunden gearbeitet; im Durchschnitt kamen auf eine Arbeiterin 30,6 Ueberstunden (1895 = 20,9, 1896 = 22); die Zunahme ist also eine nicht geringe, und der Durchschnitt ist gegenüber dem des gesammten Reiches mit 18,8 pro 1897 und 18,9 pro 1896 ein hoher, erreicht freilich Schwarzburg-Rudolstadt mit 138, Rheinhessen mit 105, Lippe mit 66, Oberbayern mit 53 und Meiningen mit 46 Ueberstunden (1897) noch lange nicht.

Mit den Ueberstunden von 1895 und 1896 verglichen, weisen die Ueberstunden von 1898 folgende Verschiedenheiten auf: die Anzahl der Arbeiterinnen mit Ueberstunden ist geringer geworden, die Betriebstage sind gleichfalls geringer geworden, die Anzahl der Ueberstunden ist gegenüber 1895 höher, gegenüber 1896 wesentlich geringer.

Leider enthält der Bericht keinerlei Angaben über die Arbeitslöhne, die gerade interessant sein mußten nach Allem, was man schon hierüber in verschiedenen Veröffentlichungen lesen konnte. Aus den vorstehenden Mittheilungen des Aufsichtsbeamten kann kein Schluß auf die Gesamtlage der Arbeiterinnen gezogen werden. Sie berechneten aber wohl zu der Hoffnung, daß Herr Dr. v. Schwarz seine nächsten Berichte auch auf die Dauer der täglichen Arbeitszeit und die Höhe der Löhne der Arbeiterinnen ausdehnen und dadurch das Interesse an seinen Berichten erhöhen wird. D. Z.

Die Thätigkeit der Frauen in der Wahlagitation.

In der letzten Nummer der „Gleichheit“ veröffentlichten wir eine Aeußerung des Genossen Frohme gegen die Verwendung von Frauen bei der Agitation in ländlichen Kreisen. Wir fügten hinzu, daß der vorliegende Bericht keine Thatsachen enthielt, an denen sich die Berechtigung dieser Aeußerung erhärten ließe. Nun sind von berufenster Seite, von Genossen Legien, der 1893 Reichstagsabgeordneter für den 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreis war und bei der letzten Wahl dort kandidirte, Thatsachen zu der strittigen Behauptung veröffentlicht worden, Thatsachen, die, wie wir erwarteten, sich strikte und beweiskräftig gegen Frohmes Aeußerung wenden. Legiens Ausführungen in der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ sind so zutreffend, und zwar nicht bloß zur Richtigstellung des speziellen Falles, sondern zur Frage der Verwendung weiblicher Kräfte bei der Agitation überhaupt, daß wir sie vollinhaltlich folgen lassen.

„In dem Bericht über die Verhandlungen des Schleswig-Holsteinischen Parteitag wird gesagt, daß Genosse Frohme sich dahin ausgesprochen habe, daß die Heranziehung der redegewandten Frauen bei der zu den Reichstagswahlen von 1898 betriebenen Agitation nicht vortheilhaft, sondern eher nachtheilig für den Ausgang der Wahlen gewesen sei. Es war mir nicht möglich, am ersten Verhandlungstag, an welchem diese Ausführungen gemacht wurden, dem Parteitag beizuwohnen, so daß ich erst einige Tage später aus dem Bericht von ihnen Kenntniß erhalten habe. In Folge dessen konnte ich auch den Ausführungen des Genossen Frohme nicht sofort entgegengetreten. Da aber aus dem Bericht nicht hervorgeht, daß Mitglieder der Agitationskommission oder daß die Vertrauensleute der einzelnen Wahlkreise, welche die Frauen zur Mitarbeit bei der Wahlagitation berufen haben, den Ausführungen Frohmes entgegengetreten sind, so fühle ich mich veranlaßt, den Raum unserer Zeitung für eine solche Entgegnung in Anspruch zu nehmen.“

Ich halte die Zurückweisung der Ausführungen Frohmes nicht nur im Interesse der Frauen, welche ihre Kräfte bei der Wahlagitation im Dienste der Partei einsetzten, sondern ganz besonders im Interesse des Ansehens der Partei für nothwendig. Unsere Partei hat, wie stets und ständig betont wird, allein von allen Parteien, die Gleichberechtigung der Geschlechter anerkannt und dies ausdrücklich im Parteiprogramm ausgesprochen. Ich wünschte im Interesse der Partei nicht, daß uns auch nur mit einem Schein von Berechtigung vorgeworfen werden kann, daß zwischen Theorie und Praxis bei uns ein Unterschied gemacht werde. Besonders aber von den Parteigenossen, welche in den Vorderreihen im Kampfe stehen und die wünschen, daß ihren Worten Bedeutung beigelegt werden soll, haben wir zu fordern, daß sie getreu den Prinzipien unserer Partei keinen Unterschied machen zwischen den theoretischen Lehren der Sozialdemokratie und der praktischen Anwendung dieser Lehren im täglichen Leben, und besonders nicht in den Kämpfen, welche wir gegen die Widersacher unserer Bestrebungen führen.

Es trifft aber auch nicht zu, daß die agitatorische Thätigkeit, welche von den Referentinnen ausgeübt worden ist, nicht nützlich oder gar nachtheilig gewesen wäre. Die Versammlungen, in welchen die zur Agitation herangezogenen Frauen sprachen, waren fast allgemein besser besucht, als die, in welchen Männer als Referenten auftraten. Nach meinen Beobachtungen war auch die Wirkung nicht nur bei den weiblichen, sondern in gleichem Maße bei den männlichen Theilnehmern der Versammlungen eine äußerst günstige. Woher Genosse Frohme seine Kenntniß von dem Gegentheil gewonnen hat, ist mir nicht verständlich, da er meines Wissens während der Wahlzeit, außer bei der Stichwahl im 7. Wahlkreis, Agitation über die Grenze seines eigenen Wahlkreises hinaus in Schleswig-Holstein nicht betrieben hat. Auf Aeußerungen von Leuten hin, welche der selbständigen Bethätigung der Frauen nicht sympathisch gegenüberstehen, oder gar in Folge schlechter persönlicher Erfahrungen, die solche Leute mit der eigenen Frau gemacht haben, soll man aber kein allgemeines Urtheil abgeben, besonders wenn dieses dazu geeignet ist, den Schein zu erwecken, als wenn wir Sozialdemokraten nur Theorien aufstellen, ohne deren Durchführung durch praktische Bethätigung zu erstreben.

Man kann wohl allgemein annehmen, daß die Frauen, welche immer wieder in den verschiedensten Theilen Deutschlands als Referentinnen verlangt werden, Tüchtigeres leisten, als eine ganze Anzahl unserer männlichen Referenten. Das ist sehr erklärlich. Bei einer Referentin wird von vornherein ein schärferer Maßstab angelegt, und sie muß schon Bedeutendes leisten, wenn sie aus demselben

Ebbe.

Von Adele Gerhard.*

In der alten, protestantischen Kirche wurden sie getraut. Der nüchterne Bau ließ die Feier noch poesieloser erscheinen. Hell und scharf brach die Februarsonne durch die Fenster. Mit kühler Neugier blickten die Hochzeitsgäste auf das Paar.

Die achtzehnjährige Braut stand da in ihrer unvergleichlichen Anmuth — ruhig und freundlich. Ihre volle und doch jugendlich zarte Gestalt erinnerte an die Gebilde der höchsten Kunst.

Ludolf Bartels war unterseht, seine Schulterblätter stark gewölbt; ein gutmüthig glieriger Zug lag um seine Lippen. Geschickte Schneider hatten sich bemüht, der wenig vornehmen Erscheinung die lässige Eleganz des Lebemanns zu geben.

In den Augen seiner Braut umfloß ihn ein romantischer Schein. Man erzählte, daß er mit der Primadonna des Hoftheaters ein langjähriges Verhältniß gehabt habe. Er brach mit ihr, um sich mit Alice zu verloben.

Der Gedanke an die Primadonna mit ihrer königlichen Haltung erfüllte das junge Mädchen mit stets neuer Befriedigung. In ihrem ganzen Kreise zweifelte Niemand, daß der Antrag des reichen Bartels ein Glück für sie sei. Sie ward sich nicht klar, worin der intime Reiz von Männern seiner Art bestehen sollte, aber sie glaubte an ihn.

Die ehelichen Beziehungen lagen verworren vor ihr. Lektüre und die halbblanten Bemerkungen von Tanten und Müttern hatten ihren taghellen Verstand gereizt. Ihre Unerfahrenheit schuf im blauen Dämmerlicht glänzende, verführerische Gebilde. Es war ihr, wenn sie an das eheliche Räthsel dachte, als blicke sie in

einen verschwiegene Wald, aus dem ein betäubender Jasminduft zu ihr hindrang —

Ludolf hatte sie in der Verlobungszeit gelangweilt. Er war beschränkt und phlegmatisch. Nichts als Geschäftsmann. Im Uebrigen ein gutmüthiger Mensch. Nun aber würde dies Alles sich ändern — er war ihr Mann, er würde ihr das Leben erschließen.

Mit fast kindlicher Neugier blickte sie auf ihren Bräutigam. Wie gut ihm der tiefgeschnittene Frack saß! Seine Gestalt erschien schlanker, das brünette Gesicht mit dem dunklen Schnurrbart weniger groß.

Ludolf war nicht erregt. Eher überlegen und gelangweilt. Alice bemerkte es befriedigt.

Unwillkürlich legte sie ihren Arm fester in den seinen.

Hinter einer der Säulen stand Ludolfs Bruder Martin und beobachtete Alice. Die nur wenig eingeschnürte Gestalt erinnerte ihn an die Venus von Equilino aus dem kapitolinischen Museum.

Des Mädchens unberührte Schönheit peinigte ihn.

Früh hatte er sich von seiner Familie geschieden, deren materielle Auffassung ihm widerstrebt. Mit unverhohlenem Abscheu verurtheilte er die Genußsucht der Eltern, die Jugendsünden Ludolfs. Jedes Band zwischen ihnen schien zerrissen, als Martin die Universität bezog, um Soziologie zu studieren.

Die Jahre des erakten Studiums wandelten den feurigen Menschen. Seine schwärmerische Begeisterung, am Umschwung der sozialen Verhältnisse mitzuwirken, wich leidenschaftslosem Forschen. Kämpfte er auch in Wort und Schrift für seine Ueberzeugungen, so hatte er doch im Einzelfalle die warme sittliche Entrüstung der Jugendjahre verloren. Er hörte wenig von seiner Familie,

* Aus „Beichte“, Novellen von Adele Gerhard, Berlin 1899, Verlag von Rosenbaum & Hart.

Orte zu weiteren Vorträgen herangezogen wird. Es gehört schon viel dazu, bei dem tief eingewurzelt Vorurtheil — von dem wohl keiner von uns frei ist — die Leistungen der Frauen auf dem Gebiet des öffentlichen Lebens von vornherein als minderwerthig anzusehen, wenn unsere Referentinnen dieses Vorurtheil mit dem, was sie bieten, zu überwinden und sich Anerkennung zu verschaffen vermögen. Und diese Genossinnen sollten bei der Wahlagitation weniger werth sein, als die männlichen Referenten?

Auf unsere Gegner haben wir besondere Rücksicht bei der Frage nicht zu nehmen. Im Gegentheil, ich glaube, daß wir ihnen Achtung abgewinnen, wenn wir ihnen in dem Auftreten sozialdemokratischer Referentinnen zeigen, daß bei uns die Gleichberechtigung der Frau nicht nur auf dem Papier steht. Ja, es ist bei der Wahlagitation von 1893 im 7. Wahlkreis in einem Orte mit rein ländlicher Bevölkerung vorgekommen, daß eine fast nur aus wohlhabenden Landleuten bestehende Versammlung einmützig für die Referentin Partei nahm, als ein sogenannter gebildeter Gegner damit einen Trumpf auszuspielen glaubte, daß er erklärte, die Frau solle zu Hause bleiben und nicht am politischen Leben theilnehmen. Die Erfahrungen sprechen dagegen, daß unsere Gegner uns weniger zugänglich sind, wenn unsere Forderungen von einer Frau vertreten werden. Was aber jene Landleute 1893 in der erwähnten Versammlung (Voorde) vielleicht aus Anstandsgefühl thaten, das muß man von unseren Parteigenossen nicht nur als aus dem gleichen Grunde entspringend, sondern deswegen verlangen, weil die gegentheilige Handlung den Grundsätzen der Partei und des Parteiprogramms widerspricht.

Eine Erörterung darüber, wie durch die Referentinnen das Interesse der Frauen für die Reichstagswahlen erweckt wird, und welche Bedeutung dieses Interesse nicht nur für die Stimmabgabe der Männer, sondern besonders für deren Betheiligung an den Arbeiten am Wahltag hat, erscheint mir überflüssig, weil unsere Genossen, welche die praktische Arbeit verrichten, genugsam wissen, wieviel darauf ankommt, daß die Frauen auf den Arbeitsverdienst verzichten, den der Mann am Wahltag einbüßt, wenn er an der Wahlarbeit sich theilnimmt. Aus diesem Grunde allein würde ich mich schon für die weitgehendste Heranziehung von Referentinnen während der Wahlagitation erklären. Unsere Gegner haben schon wiederholt erklärt, daß unsere Erfolge davon abhängen, daß unsere Genossen freiwillig und ohne Bezahlung die schwere Arbeit am Wahltag verrichten. Sie haben gleichzeitig aber auch erklärt, daß dies dem Umstand zu danken ist, daß wir eine große Zahl Frauen für unsere Sache gewonnen haben. Wenn die Frau nicht gleichfalls auf den

Arbeitsverdienst des Mannes verzichten würde, so ständen uns nicht so viele Hilfskräfte am Wahltag zur Verfügung, denn nicht viele Männer werden die Lohneinbuße und gleichzeitig den Unfrieden in der Familie in Kauf nehmen, um sich am Wahltag ganz dem Dienste der Partei widmen zu können. Dieses Moment darf bei keiner Wahl aus dem Auge gelassen werden.

Genosse Frohme sagte aber weiter, daß besonders die Thätigkeit von nicht in Schleswig-Holstein ansässigen Frauen, die nach seiner Meinung die Verhältnisse der Provinz nicht kennen, nachtheilig sei. Meines Wissens ist außer den Referentinnen aus Hamburg, die wohl ebenso wie die Referenten aus diesem Orte die Provinz kennen, nur noch Frau Zhrer-Berlin 1898 zur Wahlagitation herangezogen worden. Sollte nun Genossin Zhrer 1893 die Verhältnisse der Provinz gekannt haben, wogegen sie ihr 1898 unbekannt gewesen wären? Im Jahre 1893 hat Genossin Zhrer im 7. Wahlkreis eine ganze Zahl von Versammlungen in Stadt und Land abgehalten, und ich kann sagen, ohne die Thätigkeit auch nur eines unserer Genossen in den Hintergrund stellen zu wollen, daß Genossin Zhrer viel dazu beigetragen hat, daß der Wahlkreis 1893 gewonnen wurde. Während ich in den letzten Wochen des Wahlkampfes krank in Hamburg lag, hat Genossin Zhrer in der aufopferndsten Weise ihre Kräfte der Agitation gewidmet. So wenig ich sonst geneigt bin, dem Einzelnen bei den durch unsere Agitation erzielten Erfolgen einen größeren Antheil zuzusprechen, gegenüber den nicht mißzuverstehenden Äußerungen des Genossen Frohme halte ich mich doch für verpflichtet, die einfachen Thatsachen öffentlich zu konstatieren.

1898 hat Genossin Zhrer im 7. Wahlkreis nur wenig Versammlungen abgehalten und wäre ich boshaft, so würde ich dem Genossen Frohme gegenüber bemerken, daß dies mit zum Verlust des Wahlkreises beigetragen hat, weil wir annehmen können, daß in Folge geringerer indirekter Mitwirkung der Hausfrauen am Wahltag die Zahl der mitarbeitenden Kräfte geringer war, als wünschenswerth gewesen wäre.

Alles, was den Verlust des Wahlkreises herbeigeführt haben kann, ist unter den Vertrauensleuten bald nach der Wahl erörtert worden. Ich hoffe, wir werden es das nächste Mal besser machen und die Scharte ausweizen. Ich habe keine Veranlassung, im Einzelnen öffentlich zu schildern, wo die Fehler lagen. Dadurch aber, daß Frauen an der Wahlagitation theilnahmen, ist der Kreis uns sicher nicht verloren gegangen. Wir werden auf diese Mithilfe, und hier hoffe ich im vollen Einverständnis mit meinen Genossen im 7. Wahlkreis zu sprechen, auch in den kommenden Wahlkämpfen nicht ver-

da er im Ausland lebte, aber er trat ihr jetzt mit Duldsamkeit entgegen.

Als Ludolf heirathete, unterbrach er seine Studien in England, um der Hochzeit des einzigen Bruders beizuwohnen. Alicens Publikum verstimmt ihn. Wie konnten die alten Verbands die eben erblickte Tochter einem abgelebten Menschen, wie Ludolf es war, zu eigen geben! Er sah die großen forschenden Augen des Mädchens — ein schmerzliches Mitleid überkam ihn. Arme Alice!

Aber hatte sie nicht selbst entschieden? „Die Eltern sollen ihr freie Hand gelassen haben. Sie wollte offenbar eine reiche Frau werden.“ Sein Mitgefühl schwand.

Er bemerkte die Befriedigung in Alicens Haltung, als die Trauung beendet war. In ihrem schweren, knisternden Seidenkleid, die Weiße der Haut noch gehoben durch das dunkle Haar, das jedes Glanzes entbehrte, stand sie da, ruhig und stolz. Mit tühler Bewunderung reichte er ihr die Hand zum Glückwunsch.

Bartels war von der Hochzeitsreise zurückgekehrt.

Alice erschien verändert. Ein müder Ausdruck war in ihr Gesicht getreten. Man sah das Ehepaar selten zusammen. Meist war Alice allein zu Hause, ihr Gatte im Klub.

„Und Du bist wirklich glücklich, Alice?“ fragte ihre Pensionsfreundin Martha, die sich zur selben Zeit verheirathet hatte. „Du siehst so merkwürdig aus, gar nicht wie eine junge Frau.“

Alice lächelte spöttisch.

„Wie muß denn eine junge Frau aussehen?“

„Nun, strahlend und verliebt, wie denn sonst? Im Anfang, weist Du, als mich Fritz in die Droschke hob — da war mir ja auch himmelangst. Und als Mama mir den Shawl umlegte und mir noch etwas ins Ohr flüsterte, da wäre ich am liebsten davonangelauten. Aber Fritz war so selig und bettelte so sehr — und dann — es ist wirklich sehr hübsch, nicht wahr?“

Alicens Augen streiften verächtlich die Soubrettenfigur der Freundin.

„Vielleicht. Jedenfalls ist es nicht wichtig. Und nun erzähle mir etwas Anderes. Ehestandsgespräche sind so langweilig.“

Einige Monate nach der Hochzeit erkrankte Alice. Es sei ein lästiges Frauenleiden, erzählte sie ihren Freundinnen.

Sie hätte nicht als halbes Kind heirathen sollen, bemerkte man in der Stadt.

Nach und nach gewöhnte man sich daran, daß Alice Bartels in jedem Winter einige Monate im Süden zubrachte. Eine ältere Koufne begleitete sie. Ludolf besuchte sie selten, ihre Eltern niemals.

Alice hatte im Anfang ihrer Ehe eine heftige Szene bereitet. Aber sie erkannte bald, daß sie hier nicht auf den geringsten Rückhalt hoffen konnte. Nun bestand ein rein äußerliches Verhältniß zwischen ihr und ihrer Familie.

Martin hatte seine Schwägerin seit der Hochzeit nicht wieder-gesehen. Regelmäßigen Briefwechsel mit seiner Familie führte er nicht. Alicens Reisen hielt er für Zerstreuungversuche.

„Armes Geschöpf, sie mag Langeweile genug ertragen müssen.“ In einer Geburtstagsgratulation an den Bruder spielte er neckend auf einen kleinen Neffen an. Ludolf antwortete kurz und verstimmt, daß an so etwas nicht zu denken wäre. Doch sei Alice wieder gesund.

War sie denn krank gewesen?

Martin las den Brief des Bruders nochmals und bedauerte die getäuschte Hoffnung, die das Unwohlsein verschuldet zu haben schien. Er empfand Mitleid mit Alice, die sich in der großen Leere um sie sicherlich nach Kindern sehnte.

Das Bild der schönen Frau erstand mit einem Male vor ihm.

zichten, nicht nur aus prinzipiellen, sondern auch aus praktischen Gründen. Sollte denn die Mithilfe unserer Genossinnen bei der Wahlagitation nur dann gut gewesen sein, wenn wir einen Sieg zu verzeichnen haben, und wäre es gerecht, bei einer Niederlage dieser bei dem Siege hochgepriesenen Mithilfe die Schuld beizumessen? Bei dem nächsten Wahlkampf im 7. Kreise werden die Kräfte aller Genossen aufs Aeußerste angespannt werden müssen, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß meine Ausführungen dazu beitragen, schon jetzt die Frauen zu emsiger Antheilnahme an dem Wahlkampf anzuregen.

Leipzig, 18. September 1899.

E. Legien.

Die Frauenfrage auf dem Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Der siebente Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs, der vom 24. bis 29. September in Brünn stattgefunden hat, verhandelte als achten Punkt der Tagesordnung über die „Frauenbewegung“. Auch noch bei der Erledigung von zwei anderen Punkten seines Arbeitsprogramms: „Organisation der Gesamtpartei“ und „Arbeiterschutzesgesetzgebung“, wurde die Frauenfrage aufgerollt, und die zum Parteitag delegirten Genossinnen vertraten mit Energie und Geschick die entsprechenden Forderungen. Eine Erörterung der Frauenfrage im Allgemeinen und eine Stellungnahme des Parteitags zu ihr ist nicht erfolgt und war auch nicht beabsichtigt. Dieser Beschränkung lag jedenfalls die Ansicht der Parteivertretung zu Grunde, daß über die Stellung der Sozialdemokratie zur Frauenfrage kein Zweifel herrschen könne, daß es sich vielmehr darum handeln müsse, durch Berathung und Beschlüsse das praktische Wirken der Genossinnen in der Bewegung, insbesondere aber ihre Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter dem weiblichen Proletariat zu fördern.

Wenn diese Auffassung auch zutreffend ist, so macht doch ihre Richtigkeit eine offizielle Stellungnahme der Partei nicht überflüssig, die Bedeutung des vorliegenden sozialen Problems fordert eine solche vielmehr dringend. Andererseits ist es gerade für die geistliche praktische Arbeit von höchster Wichtigkeit, daß eine klare zielsichere Erkenntniß von den verwickelten und schwierigen Aufgaben vorhanden ist, welche von der Frauenfrage geschaffen werden. Dieser Meinung war offenbar der Parteitag, dafür scheint wenigstens die einstimmige Annahme des Antrags zu sprechen, der von Genosse Dr. Liebermann eingebracht wurde. Er lautete:

Wie mochte die Ehe mit Rudolf auf sie eingewirkt haben? Er machte sich Vorwürfe, daß er sich bisher so wenig um sie gekümmert hatte.

In seiner Antwort an den Bruder ließ er den Wunsch einfließen, im Sommer einen gemeinsamen Aufenthalt mit ihnen zu wählen; vielleicht ein Seebad.

Kaum war der Brief geschlossen, so bedauerte er das Anerbieten. Was wußte er im Grunde von Alice? Rudolfs Gesellschaft lockte ihn nicht.

Aber bis zum Sommer war es noch lange hin. Vor Juli konnte er keineswegs abkommen. Und heute war erst November, ein rechter englischer Novembertag.

Martin blickte durch das Fenster in den dichten, gelbgrauen Nebel. Dann warf er sich den Mantel über, schob den Brief mit der deutschen Adresse in den Postkasten und wanderte in das Britische Museum.

Alice war genesen. Nach sieben langen Jahren durfte sie zum ersten Male den Winter in der Heimath zubringen. In der Heimath: einer eleganten Stagenwohnung mit einem riesigen Speisesaal und einem verschwiegeneu Boudoir. Alice hatte seine Ausstattung bis ins Kleinste selbst angegeben.

Hier empfing sie.

Ihre verschleierte Augen verstanden anders zu blicken als früher, ihre ausgereifte Schönheit wirkte verführerischer als einst die reine jungfräuliche Anmuth.

Zu Beginn der Saison gaben Bartels ein großes Fest.

Alice in brennendrothem Kleide, das Schultern und Hals herausfordernd zeigte, flog aus einem Arm in den andern.

Die Eifersucht der Frauen, die Bewunderung der Männer stammten zu einer einzigen mächtigen Huldigung in einander. Und wie sie einen Augenblick stillstand, in das Menschen- und Licht-

„Die zur Revision des Parteiprogramms eingesetzte Kommission wird beauftragt, eine Resolution, die die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie der Frauenfrage gegenüber genau und erschöpfend präzisirt, auszuarbeiten und dem nächstfolgenden Gesamtparteitag zu unterbreiten.“

Wie wir aus den vorliegenden Berichten schließen, wohnten dem Parteitag nur fünf weibliche Delegirte bei: die Genossinnen Popp-Dworschak und Glas, als Vertreterinnen des Frauenreichskomites, die Genossin Jobst-Aisch, welche die proletarischen Frauenorganisationen von Nordböhmen vertrat, und zwei tschechische Genossinnen, Genossin Krapka-Wien und Genossin Louzil, welche von den Genossinnen und Genossen der Prager Weinberge delegirt worden war.

Gelegentlich der Debatten über die Organisation der Gesamtpartei erklärte Genossin Popp sehr richtig das Warum der kleinen Zahl der delegirten Genossinnen. Die Existenzbedingungen stellen den proletarischen Frauen viele und schwere Aufgaben und hindern sie, ebenso zahlreich und intensiv wie die Männer an der Bewegung theilzunehmen.

Zur Frage „Frauenbewegung“ gab Genossin Popp ein kurzes, treffliches Referat. Sie führte aus, daß die proletarische Frauenbewegung keineswegs das Ziel verfolge, eine besondere Frauenorganisation zu schaffen, die von der Organisation der Männer vollständig getrennt sei. Wohl aber müßten bei der Agitation und Organisation die Eigenart und die besonderen Verhältnisse der Arbeiterinnen berücksichtigt werden. Dieser Thatsache, so führte die Referentin aus, entsprechen die Beschlüsse der vorjährigen Frauenkonferenz und die Arbeiten des Frauenreichskomites, welche die Gründung besonderer Frauensektionen der Gewerkschaften anstreben. Irrthümlicherweise hat man hier und da geglaubt, die Frauensektionen seien nur umgetaufte Frauenbildungsvereine. In Wirklichkeit sind die Frauensektionen nur die Zusammenfassung der weiblichen Mitglieder der verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen eines Ortes. Eine gewerkschaftliche Sonderorganisation der Arbeiterinnen liegt nicht in deren Interesse. Andererseits aber haben sich die Genossinnen davon überzeugt, daß die nichtgewerkschaftlichen Frauenbildungsvereine nicht unter allen Umständen zu verwerfen sind. Sie sind dort von Nutzen, wo die lokalen Verhältnisse die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zur Zeit noch unmöglich machen. So haben sich zum Beispiel im Bezirk, den Genossin Jobst vertritt, im letzten Jahre gegen tausend Arbeiterinnen Frauenbildungsvereine angeschlossen, weil sie in Folge ihrer sehr niederen Löhne außer Stande sind, der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören. Was die Gründung

gewoge blickte und die vielen entzückten, verlangenden, neidischen Augen auf sich gerichtet sah, legte sich ein böses Lächeln um ihren Mund.

Als der Winter zu Ende ging, erzählte man in der Stadt, Frau Bartels habe zwei sehr ernsthafte Beziehungen. Einen schmucken Husarenleutnant, dessen Huldigungen Alice ohne tieferes Interesse duldete, und einen älteren, geistreichen Junggesellen, der Stammgast in Ostende und Trouville war und in der Eintönigkeit seiner Vaterstadt begierig danach griff, die junge Frau im Skatspiel und noch einigem Andern zu unterrichten.

Alice erzählte, Bernhard Mertens sei der interessanteste Mann, den sie kenne, sehr gebildet und beruhigend häßlich.

Wenn Rudolf Abends im Klub war, leistete er ihr Gesellschaft. Sie lernte viel von ihm. Eine wärmere Nuance aber zeigte der Verkehr zwischen ihnen nicht.

„Sie können einen armen, ehrlichen Menschen mit Ihrer Kälte zur Verzweiflung bringen,“ sagte Mertens eines Abends.

Alice lachte.

„Arm und ehrlich! es paßt vortrefflich bei Ihnen.“ Mertens zog die Schultern hoch.

„Sie glauben nicht an meine Ehrlichkeit?“

Alice lehnte sich in ihren Sessel zurück.

„Halten Sie sich für solch einen schlechten Lehrer oder mich für solch eine dumme Schülerin? Sie sind aufrichtig, solange dies sich mit Ihren Zwecken verträgt — unaufrichtig im entgegengesetzten Falle. Und heute sind sie auf dem Punkte, von mir etwas zu wollen.“

„Das Sie nicht wollen?“ Seine Augen hingen an ihrem Gesicht.

„Das ich nicht will,“ sagte sie ruhig, aber ohne Gereiztheit, „und das müssen Sie sich merken.“ (Fortsetzung folgt.)

besonderer Frauensektionen der Gewerkschaften anbelangt, so wird sie vor Allem dadurch nöthig, daß, mit wenig Ausnahmen, es den Arbeiterinnen unmöglich ist, den gemeinschaftlichen Sitzungen beizuwohnen, weil sie über ihre Zeit nicht so frei verfügen können, wie die Arbeiter. Das Frauenreichskomite hat deshalb den Genossen empfohlen, die weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften unter einer eigenen Vorsitzenden in einer Sektion zusammenzuschließen, die ihre besonderen Wochenversammlungen, Diskussionsabende u. s. w. hat. So haben zum Beispiel in Steinschönau in einer Woche die Männer, in der anderen Woche die Frauen ihren Vereinsabend. Dadurch wird es zumal für die verheiratheten Arbeiterinnen möglich, die Sitzung zu besuchen. In Niederösterreich, Nordböhmen und den Alpenländern sind zahlreiche Frauensektionen entstanden, besonders unter den nordböhmisches Glasarbeiterinnen macht die Organisation gute Fortschritte, unter den Tabakarbeiterinnen zeigen sich erfreuliche Ansätze zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Natürlich sind neben den Fortschritten auch schlechte Erfahrungen zu verzeichnen. Die Frauen sind nun einmal das „zurückgebliebene Geschlecht“, allerdings nicht in der Folge ihrer Veranlagung, sondern in Folge der sozialen Hindernisse ihrer Entwicklung. Diesem Umstand muß die Agitation und Organisation Rechnung tragen. Wenn das Frauenreichskomite nicht allen Ansprüchen gerecht werden konnte, so lag die Schuld daran wesentlich in dem Mangel an agitatorischen Kräften und materiellen Mitteln. Im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung, für welche die Proletarierinnen gewonnen werden müssen, fordern die Genossinnen die materielle Unterstützung der Partei.

Die Genossinnen verlangen in der vom Frauenreichskomite eingebrachten Resolution, daß die Partei für die politischen Forderungen der Frauen eifriger eintrete, als bisher. In der Presse, in Versammlungen, im Parlament muß vor Allem von der Zulassung der Frauen zu den politischen Vereinen gesprochen werden. Ebenso wie für die Arbeiter neben der gewerkschaftlichen die politische Organisation nöthig ist, so müssen die Arbeiterinnen nicht bloß gewerkschaftlich organisiert, sondern auch politisch aufgeklärt werden. Nur in den seltensten Fällen ist für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts etwas gethan worden. Die Genossinnen verlangen nicht eine besondere Agitation im ganzen Reiche für das politische Vereinsrecht der Frau, dagegen wollen sie, daß der Parteitag ausspricht, daß dieses Recht in Volksversammlungen, in der Arbeiterpresse und von den sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament vertreten werde. Die Genossinnen fordern ferner, daß zur Er kämpfung des allgemeinen und direkten Wahlrechts für Männer wie Frauen zu allen Vertretungskörpern mehr geschähe als bisher. In der letzten Wahlrechtsbewegung haben die Genossen nur wenig von dem Frauenwahlrecht geredet, und doch hätte das Eintreten für dieses Recht viel zur Aufklärung der Frauen beitragen können. Die Genossinnen haben das Vertrauen, daß in Zukunft in dieser Hinsicht mehr geschieht. Je früher für die politische Aufklärung der Frauen gewirkt wird, desto eher schwindet die Gefahr, daß das Frauenwahlrecht zumeist den Klerikalen und Reaktionären zu Gute käme.

Die deutschen wie die tschechischen Genossen sollten weiter dafür Sorge tragen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung“ unter den weiblichen Mitgliedern der Organisationen verbreitet wird.

Mit dem Aufblühen der Frauensektionen nimmt die Verbreitung der Arbeiterinnenzeitung in erfreulicher Weise zu. Noch im vorigen Jahre hatte die „Arbeiterinnenzeitung“ eine Auflage von 2800 Exemplaren, die nicht verkauft wurden, heute werden tatsächlich 4200 Exemplare unter den Arbeiterinnen abgesetzt. Die Genossen in der Provinz haben sehr viel dafür gethan, daß die „Arbeiterinnenzeitung“ in den Frauensektionen verbreitet wird. Zu wünschen ist, daß auch die tschechischen Genossen nicht bloß in einigen Orten, sondern überall die Organisation der Arbeiterinnen unterstützen. Es ist unmöglich, daß, wie Genosse Dorfer will, in allen Versammlungen die Frauenfrage als eigener Punkt behandelt wird. Ebenso ist es nicht durchführbar, daß in allen Parteiblättern eine besondere Rubrik: „Frauenbewegung“ geschaffen wird. Es genügt, daß die Parteiblätter wie die Versammlungen so oft es möglich ist, für die Interessen der Frauen eintreten. Ich bitte Sie, nicht bloß einen platonischen Beschluß zu fassen, sondern unseren Forderungen auch nach dem Parteitag Geltung zu verschaffen. Wie die Genossen in nationaler Beziehung die Eigenarten anerkennen, so müssen sie auch die Eigenart der Frauen und ihre Sonderstellung der Gesetzgebung gegenüber, sowie die sich daraus ergebenden Folgen berücksichtigen. Geschieht das, so wird die sozialistische Frauenbewegung Erfolge erringen, wenn auch nicht in so gewaltigem Maße, wie dies von der Bewegung der Männer gilt. Die Genossinnen verlangen die moralische und materielle Unterstützung der Partei, nicht etwa um Sonderbestrebungen nachzugehen, sondern um das Ihrige zur Erreichung des gemeinsamen Zieles beitragen zu können. Daran

dürfen die Genossen nicht zweifeln, auch wenn die Frauen durch Umstände gezwungen werden, einen anderen Weg einzuschlagen als die Männer.“ (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) An das Referat knüpfte sich eine Diskussion, in welcher alle weiblichen Delegirten das Wort ergriffen, und über die wir in der nächsten Nummer berichten werden. (Schluß folgt.)

Aus der Bewegung.

Ueber die Frage der Frauenagitation verhandelte „der Parteitag für die Provinz Brandenburg“, der am 17. September in Berlin tagte. Anlaß dazu gab der in der vorigen Nummer mitgetheilte Antrag der Berliner Genossinnen, die systematische Frauenagitation in der Provinz betreffend. Genossin Baader begründete den Antrag trefflich. Sie führte aus, daß die Aufklärung der Frauen nothwendig sei, um sie zu Mitkämpferinnen für unsere Sache zu erziehen. Wie unter den Polen agitirt wird, um ihrer Lohn-drückerei entgegenzuwirken, so müssen auch die Arbeiterinnen organisiert werden, damit sie sich nicht als Schmutzkonkurrentinnen der Männer ausspielen lassen. Eine Agitation durch besondere Frauenversammlungen muß deshalb stattfinden. Leider giebt es noch sehr viele Bierphilister in unseren eigenen Reihen, die vom Versammlungsbesuch der Frauen nichts wissen wollen, und die von ihrem Herrenrecht Gebrauch machen, um die Frau zu Hause zu halten. Der Antrag der Genossinnen wäre nicht nöthig, wenn die männlichen Genossen schon so weit aufgeklärt wären, daß sie für die Aufklärung der Frauen sorgten. Genosse Zubeil trat warm für den Antrag der Genossinnen ein und erklärte, daß es mit der platonischen Anerkennung der Frauenrechte auf den Parteitagen nicht gethan sei, daß man für sie auch in der Praxis eintreten müsse. Viele Genossen wendeten sich gegen den Antrag, obgleich sie mit der Tendenz desselben einverstanden waren, weil sie ihn praktisch für undurchführbar erachteten. In vielen Orten sei kein Saal zu haben, in anderen sei der sozialdemokratische Anhang noch so schwach, daß besondere Frauenversammlungen sehr schlecht besucht werden würden, sehr oft wären die geeigneten Referentinnen nicht zu haben. Zwei Genossen beschwerten sich darüber, daß eine größere Agitationstour nicht stattfinden konnte, weil Genossin Braun, die vorgesehene Referentin, sich krank meldete. Der Antrag der Berliner Genossinnen wurde schließlich zurückgezogen und folgender, von Genossin Baader eingebrachter Antrag mit einer Stimme Mehrheit angenommen: „Die Agitationskommission wird beauftragt, für systematische Frauenagitation in der Provinz zu sorgen und zu diesem Zwecke in jedem Kreise, wo es möglich ist, Frauenversammlungen mit weiblichen Referenten zu veranstalten.“

Weibliche Delegirte zum Parteitag. Der Kreis Konferenz für den Wahlkreis Neuß j. L. lag ein Antrag der Genossinnen von Gera vor, außer einem Delegirten Genossin Ihrer-Pankow nach Hannover zu entsenden. Die Kreis Konferenz lehnte jedoch den Antrag ab. Die Genossinnen wollen in einer besonderen Frauenversammlung zu diesem Beschluß und zur Beschiedung des Parteitags Stellung nehmen. — Die Parteigenossen Neuß a. L. wählten auf ihrem Parteitag in Greiz außer einem Genossen die Genossin Dr. Rosa Luxemburg als Delegirte zum Parteitag in Hannover.

Antrag von Genossinnen zum Parteitag. Die Genossinnen der drei Dresdener Wahlkreise nahmen in einer öffentlichen Versammlung, in der Genosse Ledebour ein zweistündiges treffliches Referat über die Frauenfrage hielt, einstimmig den folgenden Antrag an: „In Anbetracht des heutigen Zick-Zack-Kurses beantragen die Genossinnen des 4., 5. und 6. Reichstagswahlkreises, der Parteitag möge beschließen, ein Flugblatt über ganz Deutschland zu verbreiten, worin die Zuchthausvorlage unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirkung auf die Lage der Frauen genügend gekennzeichnet wird, da dieselbe dazu angethan ist, die gesamten Arbeiter und Arbeiterinnen ihrer wirtschaftlichen, sowie politischen Rechte zu berauben.“

Notizentheil.

(Von Lily Braun und Klara Zetkin.)

Weibliche Fabrikinspektoren.

Die Anstellung einer Fabrikinspektorin in Baden steht in baldiger Aussicht. In das nächste Budget wird ein Posten aufgenommen für die Befoldung einer Assistentin der Fabrikinspektion.

Die Anstellung einer zweiten und dritten Assistentin der Gewerbeinspektion in Holland schlägt die Regierung dem Parlament vor. Der Antrag wird aller Voraussicht nach angenommen werden.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Das Arbeiterinnenelend in der Textilindustrie wird durch die folgenden Angaben in seiner ganzen Größe enthüllt. In Großenhain verdienen die Andreherinnen in Spinnereien pro Stunde 10—14 Pfg., die Krepplerinnen 10—13 Pfg., Maschinen-spulerinnen und Zwirnerinnen 11—13 Pfg. Die Handspulerinnen werden pro Stunde mit 10 Pfg. entlohnt; dazu kommt noch 50 Pfg. Prämie pro Woche. Die Ausnäherinnen kommen auf einen Wochenlohn von 8—9 M. Für Ueberarbeit erhalten sie ebenfalls eine kleine Prämie. Der Lohn der Tuchweberinnen beträgt pro Strähn 3¹/₂—4 Pfg., für Cruse und Satin pro Strähn 4¹/₂—7 Pfg. Der Wochenverdienst der Arbeiterinnen stellt sich auf 6—7 M., bei schlechterem Material jedoch nur auf 3—6 M. — Einer Lohnflauerei in des Wortes vollster Bedeutung sind die Italienerinnen unterworfen, welche in der Jutespinnerei und Weberei zu Sonthofen beschäftigt werden. Diese bedauernswerten Opfer der Ausbeutung sind durch einen Vertrag von 1 und 2 Jahren gebunden und zwar haben sie diesen Vertrag nicht in Händen. Manche der Mädchen haben nur einen Wochenverdienst von 3 M. Die Verhältnisse in dem Sonthofener Betrieb zeichnen mit herzerfrischender Deutlichkeit die waschechte vaterländische Gesinnungstüchtigkeit des Unternehmerrthums, sowie seine maßlose Profitgier. Der deutsche Kapitalist, der nicht zur „Rotte der vaterlandslosen Gesellen“ gehört, sondern in den Reihen der gesinnungstüchtigen Schüler von Kaiser und Reich steht, ruft „Welsche“ in das „geliebte deutsche Vaterland“. Er spielt sie als Schmutzkonturrentinnen gegen „die deutschen Schwestern“ aus, macht sie zu Hörigen, steigert ihre Ausbeutung auf das Höchste und übt dadurch einen Druck auf die Arbeitsbedingungen der einheimischen Arbeitskräfte. Es wird selbst einem kräftig ausgewachsenen Narren nicht einfallen, zu behaupten, daß eine alleinlebende Arbeiterin mit Schund- und Hungerlöhnen von 3 M. die Woche zu existieren vermag. Sogar bei einem Höchstverdienst von 9 M. die Woche, von dem die obigen Angaben berichten, ist eine menschenwürdige Existenz unmöglich. Eine Lebenshaltung auf Grund von 9 M. die Woche ist nichts anderes, wie ein langsame Verhungern. Arbeiterinnen, denen die kapitalistische Profitgier derartige Spottlöhne zahlt, haben nur die Wahl zwischen der „Freiheit“, sich vorzeitig unter den bittersten Entbehrungen zu Tode zu rackern, oder ihrem „Recht“, dieses Loos durch Selbstmord zu vermeiden; es sei denn, daß sie nicht vor jenem Ausweg zurückschrecken, den ihnen die kapitalistische Gesellschaft, ihrem ureigensten Wesen entsprechend, offen hält: Den Schacher mit ihrem Körper, die Prostitution.

Kinderarbeit.

Einen Kinderschutzantrag haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten von Berlin eingebracht. Noch vor Beginn des Winters soll eine Polizeiverordnung erlassen werden, welche gewisse gewerbliche Beschäftigungen von Schulkindern verbietet. Der Antrag wurde von Singer vortrefflich begründet und einem Ausschuß überwiesen. Wir werden uns nächst dem eingehend mit der aufgerollten Frage beschäftigen.

Frauenbewegung.

Ein weiblicher Professor der Nationalökonomie wurde an die Universität von Wisconsin berufen. Es ist Mrs. Helen Campbell, die sich durch statistische Erhebungen über die Lage der amerikanischen Arbeiterinnen einen Namen gemacht hat.

Frauen in amerikanischen Schulbehörden. Die Zahl der weiblichen Mitglieder von Schulbehörden in Amerika hat sich in letzter Zeit wieder vermehrt. Zum Oberschulrath in Colorado wurde Mrs. A. J. Peavey ernannt. In den Schulrath von Ann Arbor, dem Sitz der Staatsuniversität von Michigan, wurde Miß Baveris gewählt. Miß Katherine Adams wurde in den Aufsichtsrath des Rockford College in Illinois gewählt.

Weibliche Beamte im russischen Ministerium für Ackerbau und Landwirtschaft sollen laut einer Verfügung des betreffenden Ministers angestellt werden. Vorgesehen ist die Verwendung der Damen im Bureaudienst des Ministeriums und seiner Unterabtheilungen, sowie bei den Inspektionsreisen in den einzelnen Gouvernements. Auf diesen Reisen werden die landwirtschaftlichen Volks-, Mittel- und Hochschulen inspiziert, ferner amtliche Besichtigungen zc. vorgenommen.

Einzelgelegenheit für die Verkäuferinnen fordert Hubertine Auclerc, eine der ersten und eifrigsten französischen Frauenrecht-

lerinnen, in einer Petition an die Kammer. Die Petition ist von mehreren Hundert französischer Frauen unterzeichnet worden. Sie lautet: „Wir fordern die Herren Deputirten auf, die weiblichen Handlungsgehilfen vor den Krankheiten zu schützen, welche andauerndes Stehen für Frauen nach sich zieht, indem sie die Direktoren der großen Geschäfte veranlassen, ihren Verkäuferinnen Sessel zu stellen und ihnen das Niedersetzen zu gestatten, wenn sie nicht mit Kunden beschäftigt sind. Die Direktoren sind im Weigerungsfall verantwortlich zu machen für die Vernichtung der Gesundheit ihrer Angestellten. Wir hoffen, daß die Herren Deputirten im Interesse des nachwachsenden Geschlechts Tausende künftiger Mütter vor ebenso qualender als nutzloser und gefährlicher Ueberanstrengung bewahren werden und sprechen im Voraus unseren Dank dafür aus.“

Ein Mädchengymnasium in Lemberg soll mit Beginn des Schuljahrs von Fräulein Kammerling eröffnet werden. Die galizische Statthaltertschaft hat die Konzession dazu bereits erteilt. Fräulein Kammerling, die erste Gymnasiallehrerin in Oesterreich, hat ihre Studien an der Wiener Universität absolviert.

Frauen als Kandidatinnen für die Mitgliedschaft eines Universitätskuratoriums. In Illinois steht die Wahl des Kuratoriums der Staatsuniversität bevor. Die republikanische und die demokratische Partei haben je einen weiblichen Kandidaten dazu aufgestellt. Ihr Eifer für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts einzutreten, wird von den Temperenzlern und Sittlichkeitsvereinigern überboten, die zwei Kandidatinnen präsentiren.

Als Bureaubeamtinnen im französischen Handelsministerium möchte die „Liga für Frauenrechte“ die Frauen angestellt sehen und hat zu diesem Zwecke sich an den jetzigen Handelsminister, den Sozialisten Millerand, gewendet. Dieser hat versprochen, das Ersuchen in Erwägung zu ziehen. In Rußland, den skandinavischen Ländern und besonders in Amerika werden Frauen in verschiedenen Ministerien beschäftigt.

Eine Enquete über die Lage der Pelznäherinnen in Leipzig wollen die dortigen bürgerlichen Frauenvereine vornehmen. Zu ihrem Vorhaben wurden sie durch die ärztlicherseits konstatierte Thatsache veranlaßt, daß unter den Pelznäherinnen die Zahl der Schwindsüchtigen sehr groß ist. Wie dem „Vorwärts“ geschrieben wird, fehlt es den Damen an fachkundigen Kräften zur Führung der Enquete, auch haben sie keine Verbindung mit den aufgeklärten Leipziger Arbeiterinnen. Unter diesen Umständen ist von dem gewiß gut gemeinten Unternehmen nicht viel zu hoffen.

Frauen in der Armenpflege hat man in Hamburg seit einem Jahre beschäftigt. Dieser Versuch wird von der Armenverwaltung nunmehr als vollständig gelungen erklärt. Allerdings galt es zunächst nicht unbedeutliche Schwierigkeiten zu überwinden. In weiten Kreisen der Armenpflege stand man dieser Neuerung anfangs sehr abgeneigt gegenüber. In Folge dessen sind die Frauen bisher noch nicht in der Organisation der Armenpflege offiziell eingefügt worden. Sie sind den Bezirksvorstehern zugetheilt, und werden von diesen nach Gutdünken mit der Erledigung einzelner Aufträge befaßt. Zu den Versammlungen der Armenpfleger werden sie allgemein nicht zugelassen, vielmehr werden sie zu diesen Versammlungen nur zugezogen, wenn es sich um einen ihnen überwiesenen Pflegefall handelt. Doch ist dies offenbar nur eine vorläufige Regelung der weiblichen Armenpflege. Man wird jetzt vermuthlich schon bald dazu schreiten können, die Stellung der weiblichen Armenpflege offiziell zu regeln. Denn, wie es vorauszusehen war, hat sich die Thätigkeit der Frauen auf diesem Gebiet, namentlich soweit die Kinder- und Frauenpflege in Betracht kommt, sehr gut bewährt. So stellt der offizielle Bericht des Armenkollegiums fest, daß die Mitarbeit der Frauen jetzt in immer weiteren Kreisen der ehrenamtlichen Organe Anerkennung findet, und es steht zu hoffen, daß von der Frauenhilfe mit der Zeit ein immer umfassenderer Gebrauch gemacht werden wird. Die Zahl der in der öffentlichen Armenpflege Ende 1898 thätigen Frauen betrug 317, die Zahl der männlichen Armenpfleger 1569. Bekanntlich ist auch in Königsberg die Verwendung von Frauen als Armenpflegerinnen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Hoffentlich zeigen sich hier dieselben erfreulichen Resultate wie in Hamburg.

Vom guten alten Pops und vom Konkurrenzneid erzählt die Thatsache, daß der Kongreß der deutschen Zahnärzte, der kürzlich in Frankfurt a. M. tagte, die dort praktizierende und hochgeschätzte Zahnärztin Kromat als Theilnehmerin abwies. Zahnärztinnen können bekanntlich in Deutschland auf Grund des Gewerbegesetzes praktizieren.